

Wien, Freitag, den 27. April 1923.

Erlöschen der Spielabgabe. Die Spielabgabe ist mit 31. März l. J. ausser Kraft getreten. Die abgabepflichtigen Lokalinhaber, welche Spielblocks von den Rechnungsabteilungen der magistratischen Bezirksämter auf Kredit bezogen haben, werden aufgefordert, die noch in ihrem Besitz befindlichen Kontrollblocks und Spieldukons, sowie die auf die verkauften Kupons entfallenden Geldbeträge bis längstens 20. Mai l. J. an die zuständigen Rechnungsabteilungen der mag. Bezirksämter abzuführen. Nach diesem Termine findet eine Rückvergütung für Blocks, die gegen Barzahlung bezogen wurden, nicht mehr statt.

Die Fleischteuerung. In einer der letzten Gemeinderatssitzungen haben die Sozialdemokraten Skaret und Genossen eine Anfrage an den Bürgermeister wegen der Fleischteuerung gerichtet, welche, da darin verschiedene Forderungen aufgestellt waren, dem Magistrat als Antrag zur Berichterstattung überwiesen wurde. Nunmehr hat der Magistrat eine ausführliche Aeusserung abgegeben, die dem Gemeinderatsausschuss für Ernährung und Wirtschaftsangelegenheiten in seiner letzten Sitzung vorlag und der wir folgendes entnehmen:

Zunächst weist der Magistrat auf die Auftriebsverhältnisse auf dem Wiener Viehmarkt hin. In der Zeit von Ende Juli v. J. bis Mitte Jänner l. J. war es nichts seltenes, dass aus den Bundesländern nach Wien 3000 bis 4000 Stück Rinder an einem Markttag gebracht wurden. In dieser Zeit zeigte sich daher die ungewöhnliche Erscheinung, dass die Belieferung des Wiener Marktes aus dem Inland die aus den Sukzessionsstaaten überstieg. Vom Jänner d. J. an änderten sich diese Verhältnisse ziemlich rasch; sehr bald war wieder der alte Zustand hergestellt, dass 75 Prozent des Gesamtauftriebes von den Sukzessionsstaaten, davon bis zu 50 Prozent von Rumänien allein geliefert wurden.

Dieser Zustand erfuhr durch das rumänische Ausfuhrverbot eine katastrophale Aenderung. Der Magistratsbericht bemerkt hiezu: Wohl hat der Herr Bürgermeister sofort den bekannten Versuch unternommen, um vorläufig wenigstens eine gewisse Milderung dieser Sperre für Wien zu erreichen. Sache der Bundesregierung aber, die ja für die Approvisionierung Wiens verantwortlich ist, und die allein internationale Abmachungen treffen kann, ist es, dass sie alles aufbietet, um die erforderlichen Verhandlungen mit den Sukzessionsstaaten, insbesondere mit Rumänien, einzuleiten.

Der Rückgang der Viehzufuhren aus den Bundesländern wird darauf zurückgeführt, dass die Notverkäufe, zu denen die Landwirte infolge der schlechten Futterernte des Vorjahres gezwungen waren, nunmehr ihr Ende erreicht haben. Immerhin ist es bemerkenswert, dass die Marktbeschickung aus dem Inlande auffallend zunimmt, wenn die Preise stark gestiegen sind. So wurden, als in der zweiten Aprilwoche, der Durchschnittspreis eines Stück Rind die achte Million überschritten hatte, bereits wieder 1507 Stück inländische Rinder auf dem Markt gebracht. Es zeigt sich also, dass die österreichischen Landwirte, wenn ihnen hohe Preise winken, doch noch über ansehnliche Schlachtviehbestände verfügen. In diesem Zusammenhang weist der Magistrat auch darauf hin, dass es eine zweifellos berechtigte Klage sei, dass in jenen Bundesländern, in denen die Ausfuhr von Zuchtvieh gestattet ist, vielfach Schlachtvieh als Zuchtvieh exportiert werde. Der Magistrat schliesst sich daher der in der Anfrage aufgestellten Forderung an, dass zur Kontrolle dieser Ausfuhr Konsumentenvertreter herangezogen und die Ausfuhr überhaupt nur gegen Kompensation durch die Einfuhr einer entsprechenden Menge von Schlachtvieh für den Wiener Markt gestattet werden soll.

Der Magistrat gibt dann eine genaue Darstellung der Spesen, welche den Viehandel belasten. So wird bezüglich der Bahnfrachtsätze auf

den österreichischen Bahnen ausgeführt, dass durch sie ein Kilogramm Rindfleisch bei der Vieheinfuhr aus dem Sukzessionsstaat mit durchschnittlich 200 K, bei Zufuhren aus Oesterreich mit durchschnittlich 1000 K belastet wird. Die Wirkung der ausländischen Bahntarife ist hierbei nicht in Betracht gezogen. Von den Zöllen auf Wurst, von denen in der Anfrage die Rede ist, bemerkt der Magistrat, dass durch sie die Preise der Wurstwaren um etwa 4 bis 6 Prozent verteuert werden. Viel schwerer fällt die Warenumsatzsteuer ins Gewicht. Dies umso mehr, als, wie der Magistrat ausführt, die Warenumsatzsteuer gerade beim Vieh- und Fleischhandel grosse Unklarheiten aufweist. So ist derzeit noch strittig, wie die ausländischen Frachtsätze, die Begleiterspesen, die Versicherungen u. s. w. einkalkuliert werden sollen, ferner die Frage der Kommissionsgebühren etc. Auch der Transithandel wird von der Steuer getroffen, und es besteht die Befahr, dass die ausländischen Verkäufer durch diese Abgabe abgeschreckt werden, den Wiener Markt zu beschicken. Da die Warenumsatzsteuer für Schlachtvieh, Fleisch- und Fleischwürste pauschaliert ist, und zwar im Inlandverkehr mit 2 Prozent vom Lebendpreis, bei der Einfuhr (ein versteckter Zoll!) mit 2.5 Prozent vom Einfuhrpreis beträgt die durchschnittliche Belastung eines Kilogramm Rindfleisch durch die Warenumsatzsteuer bei inländischer Provenienz 506 bis 632 K, bei ausländischer Herkunft 660 bis 830 K.

Dem gegenüber beträgt die Summe aller städtischen Markt- und Schlachtgebühren nur 110 K oder 0.78 Prozent des Durchschnittspreises für ein Kilogramm Lebendgewicht. Im Jahre 1914 machte die Belastung 4.9 Prozent des damaligen Durchschnittspreises aus. Daraus geht hervor, dass von einer Valorisierung der das Fleisch belastenden öffentlichen Abgaben keine Rede sein kann. Wenn trotzdem das Gegenteil behauptet wird, so kann der Magistrat dies nur als eine unrichtige Gruppierung von Ziffern bezeichnen, die entweder von mit den Markt- und Schlachthausverhältnissen ganz und gar unvertrauten Personen vorgenommen, oder wider besseres Wissen zur Irreführung der Oeffentlichkeit gewählt wurde. Der Magistrat weist insbesondere darauf hin, dass man gegenüber dem heute bestehenden Abgaben nicht der weggefallenen Abgaben vergessen dürfe. Insbesondere sei die Verzehrsteuer mit samt dem 30%igen Gemeindegzuschlag abgeschafft worden, die heute valorisiert 60.900 K für ein Rind betragen würde. Dem gegenüber wurde nur eine einzige Gebühr, die Beschaugebühr mit 10.900 K pro Rind eingeführt. Der Magistrat bemerkt, er glaube dadurch den Nachweis erbracht zu haben, dass die Höhe der städtischen Gebühren keinen wie immer gearteten Einfluss auf die Höhe der Fleischpreise hat, die von den Fleischhändlern aller Art seit langem nicht mehr nach Hundertern sondern nur mehr nach Tausendern reguliert werden.

Der Magistrat fasst seine Darlegungen schliesslich in einem Antrage zusammen, der in Form einer Resolution dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sofort mit Rumänien und mit den Regierungen der übrigen Sukzessionsstaaten wegen Aufhebung des Ausfuhrverbotes bzw. aller Ausfuhrabgaben in Verhandlungen zu treten; die österreichischen Landwirte durch Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen mit grosstem Nachdruck zur vermehrten Belieferung des Wiener Marktes zu veranlassen; die Kontrolle über die Ausfuhrbewilligungen für Zuchtvieh strengstens zu handhaben, zu dieser Kontrolle auch Konsumentenvertreter heranzuziehen und die Ausfuhr nur dann zu gestatten, wenn als Ersatz für das ausgeführte Zuchtvieh eine entsprechende Stückzahl von Schlachtvieh eingeführt wird. Schliesslich wird die Regierung aufgefordert die Warenumsatzsteuer für Schlachtvieh, Fleisch- und Wurstwaren aufzuheben oder zumindestens ausreichend zu ermässigen, da durch diese Steuer die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung schwer belastet wird und die durch sie hervorgerufene dauernde Erhöhung der Fleischpreise zweifellos eine allgemeine Teuerung nach sich ziehen muss.

Wien, Freitag den 27. April 1923

129

Die Einleitung des Berichtes über die Tätigkeit der Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften im Jahre 1922 ist dem Reichsanzeiger vom 1. März 1923, Nr. 47, S. 100, zu entnehmen. In demselben Bericht ist auch die Tätigkeit der Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften im Jahre 1921 dargestellt. Die Tätigkeit der Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften im Jahre 1922 ist im Wesentlichen die gleiche geblieben wie im Jahre 1921. Die Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften hat im Jahre 1922 die folgenden Arbeiten ausgeführt:

Die Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften hat im Jahre 1922 die folgenden Arbeiten ausgeführt: 1. Die Herausgabe des 10. Bandes der „Monographien der Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften“. 2. Die Herausgabe des 10. Bandes der „Monographien der Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften“. 3. Die Herausgabe des 10. Bandes der „Monographien der Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften“.

Die Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften hat im Jahre 1922 die folgenden Arbeiten ausgeführt: 4. Die Herausgabe des 10. Bandes der „Monographien der Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften“. 5. Die Herausgabe des 10. Bandes der „Monographien der Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften“. 6. Die Herausgabe des 10. Bandes der „Monographien der Reichsanstalt für die Geschichte der Naturwissenschaften“.

Sitzung vom 27. April 1923.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass Punkt 4 (Abfuhr der Tantiemen der „Newag“ der Gemeindevertreter) von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Zu den Punkten 1, 3, 7, 13, 15, 17, 18, 9, 10, 11, 12 der Tagesordnung ist niemand zum Worte gemeldet, diese Postnummern gelten daher als angenommen.

GR. Breitner berichtet über die Gründung von Schulstipendien durch die Gemeinde Wien, welche erfolge, um einer Anzahl von Menschen aus den minderbemittelten Bevölkerungsschichten den Aufstieg zu einer höheren Bildung zu ermöglichen. Der leitende Gesichtspunkt bei der Formulierung dieser Bestimmungen ist es gewesen, diese Stipendien mit den Bedürfnissen der Gemeinde in einen engen Zusammenhang zu bringen dadurch, dass die Stipendien für solche Anstalten verliehen werden, aus denen für die weitverzweigte Verwaltung der Stadt Kräfte geholt werden. Der Beschluss wird seine ersten Wirkungen in sieben bis acht Jahren zeigen, wo hoffentlich auch bei der Gemeinde Wien die Möglichkeit der Anstellung in einem normalen Masse wieder gegeben sein wird. Der Referent beantragt:

1.) Es werden a) 30 Stipendien für Schüler der Wiener Obermittelschulen, der Wiener Lehrerbildungsanstalten, der Wiener Staatsgewerbeschulen und des Wiener technologischen Gewerbemuseums von je 18 Millionen Kronen jährlich, b) 20 Stipendien für Hörer der Wiener Universität, der Wiener Technik und der Wiener tierärztlichen Hochschule von je 3 Millionen jährlich gegründet.

2.) Diese Stipendien werden in monatlichen Raten von 170.000 und 250.000 K ausgezahlt.

3.) Die näheren Bestimmungen hat der Gemeinderatsausschuss III derart rechtzeitig dem Stadtsenat und Gemeinderate vorzulegen, dass die erste Verleihung der Stipendien für das Schuljahr 1923/24 erfolgen kann.

4.) Die im laufenden Jahre zur Auszahlung kommenden Raten werden mangels budgetmäßiger Deckung auf die Rubrik für unvorhergesehene Ausgaben verwiesen.

Zum Punkt 4 bemerkt der Referent, dass diese Ausgaben mit 38 Millionen Kronen angenommen werden.

GR. Zimmerl (chr.-soz.) begrüsst die Anträge und verweist darauf, dass die Christlichsoziale Fraktion Vorschläge in dieser Richtung wieholt erstattet habe. Im Antrage fehlen die Hochschulen für Welthandel, die Hochschule für Bodenkultur. Es sei nicht zu begreifen, warum gerade diese Anstalten ausgeschaltet worden sind. Er stelle den Antrag die beiden genannten Hochschulen in die Liste der Lehranstalt aufzunehmen.

GR. Dr. Plaschkes (jüd.-nat.) bezeichnet den Antrag, den er mit Freuden begrüsst, als eine Kulturtat. Er müsse jedoch darauf hinweisen, dass bei Festsetzung der Bedingungen über die Verleihung von Stipendien genügende Sicherheiten geschaffen werden, um politische Einflüsse nicht zur Geltung gelangen zu lassen, vor allem nicht die Demagogie der Strasse und den Terror der Hakenkreuzler an den Hochschulen. Redner verbreitet sich eingehender über die Vorgänge an den Hochschulen Wiens in der letzten Zeit und wird dabei von Zwischenrufen der Christlichsozialen wiederholt unterbrochen.

GR. Erntner (deutschnational) ersucht den Referenten, dass auch für Studierende der Hochschule für Bodenkultur eine Anzahl Stipendien gewidmet werden. Dann wendet er sich gegen die Ausführungen Dr. Plaschkes, weist die Angriffe auf die deutsche Studentenschaft zurück und verwahrt sich dagegen, dass Hochschulprofessoren aus politischen Gründen ungerechte Vorschläge für die Verleihung von Stipendien erstatten könnten. Der Gemeinderat Dr. Plaschkes allerdings wünsche, dass solche Stipendien nur für die ostgalizischen Juden reserviert werden sollen.

GR. Klimesch (Tscheche) ruft: Wo sind denn heute die Tschechen geblieben? (Heiterkeit).

GR. Dr. Plaschkes (Jüd.-Nat.) verweist gegenüber den Behauptungen Erntners darauf, er habe lediglich verlangt, dass politische Einflüsse von Aussen, insbesondere der deutschen Hochschulkammer ausgeschaltet, dass bei der Verleihung der Stipendien in objektiver Weise vorgegangen werde.

StR. Breitner (Schlusswort): Von einer Zurücksetzung der Hochschule für Welthandel oder der Hochschule für Bodenkultur kann keine Rede sein. Die Gemeinde wird es gewiss begrüssen, wenn sie ^{vielleicht} später/einmal in der Lage sein wird, auch andere Anstalten, die heute nicht einbezogen sind, wie etwa die Kunstgewerbeschule oder die Akademie der bildenden Künste, zu bedenken. Jetzt, wo wir mit diesen Stipendien den Anfang machen, müssen wir die Bestimmungen noch etwas enger ziehen. Daher muss ich bitten, sowohl den Antrag Zimmerl als den Antrag Erntner abzulehnen. Was die Ausführungen des Herrn GR. Dr. Plaschkes angeht, so werden die Verleihungsbedingungen für die Stipendien ja erst festgesetzt werden. Ich kann mir es schwerlich anders vorstellen, als dass die Gemeinde allein darüber autonom verfügt, so dass ein Einfluss auswärtiger Kreise von vornherein ausgeschlossen ist. Gemeinderat Zimmerl hat versucht, einen Zusammenhang zwischen diesen Anträgen und der hohen Politik zu konstruieren und gewisser Massen den Nachweis zu erbringen, dass hier nicht ein Verdienst der Gemeinde Wien sondern eines des Herrn Bundeskanzlers vorliege. Er hat auch gesagt, dass die Stiftung solcher Stipendien ein alter Wunsch der christlichsozialen Fraktion sei. Nun, ich muss sagen, dass die christlichsoziale Fraktion 22 Jahre lang Zeit gehabt hätte, unter erheblich leichteren Bedingungen, diesen ihren Wunsch zu verwirklichen. Wären alle diese Dinge, die die Gemeinde jetzt macht, wirklich die Ergebnisse der sogenannten Sanierung, dann wäre nicht einzusehen, warum der Bund, der eigentliche Urheber dieser Sanierung so gar nichts dergleichen tut. In Wahrheit ^{bedeutet} die Stabilisierung der Krone bei positiven Index gewiss weder eine Erleichterung der Arbeit der Gemeinde noch eine für das Leben der breiten Massen. Im Gegenteil, die Verhältnisse sind für die Gemeinde eigentlich schwieriger geworden.

Die Referentenanträge werden sodann angenommen, die Zusatzanträge abgelehnt.

StR. Speiser referiert über die Abänderung der Arbeitsverträge bei den städtischen Strassenbahnen und über die Erhöhung der Pensionen für die städtischen Arbeiter. Im Vormonat waren die Bezüge der Strassenbahner etwas niedriger als bei den übrigen städtischen Werken. Die fortschreitende Teuerung, die, wie wir wissen, durch den Index niemals vollständig erfasst wird, hat dann die gegenwärtigen Forderungen ausgelöst, die von drei verschiedenen Organisationen ausgingen. Die Forderungen des Handels- und Transportarbeiterverbandes, der nach einer gewissen Feststellung 6000 Bedienstete der Werkstätten und der Bauleitung und mindestens 3000 Bedienstete des Fahrpersonals, also die weitaus überwiegende Mehrzahl der Strassenbahner vertritt, bezogen sich einerseits auf eine Besserstellung der aktiven Bediensteten, andererseits auf eine Erhöhung der Pensionen. Nach dieser Forderung, die als Verhandlungsbasis angenommen wurde, hätten sich die Mehrkosten einschliesslich des Aprilindex auf 114 Milliarden Kronen belaufen, wodurch die Bezüge der Strassenbahner wie aller übrigen städtischen Arbeiter weit überschritten hätten. Für diese Forderungen gab es im Budget der Strassenbahnen keine Möglichkeit der Bedeckung. Als äussersten Tarif hat die Gemeinde den 1700 Kronentarif angegeben, der unter Berücksichtigung eines allerdings gering angenommenen Frequenzrückganges an Mehrerträge von 50 Millionen bringen soll. Das Ergebnis der Verhandlung ist eine Erhöhung der Bezüge der Strassenbahner, welche beim Anfangsbezug durchschnittlich fünf Prozent, beim Endbezug 25 bis 30 Prozent ausmacht. Die Hauptkategorien der Strassenbahner, die Fahrer und Schaffner erhalten zu ihren

derzeitigen Bezügen, die im Durchschnitt monatlich 1.375 Millionen betragen, im ersten Dienstjahr 65.000 K, im vierten Dienstjahr 100.000 K, im 25. Dienstjahr 350.000 K hinzu. Die Pensionen, die bisher im Durchschnitt 33 Prozent der Aktivitätsbezüge ausgemacht haben, werden für alle Bediensteten erhöht und zwar durchschnittlich auf 70 Prozent. Die Erhöhung, die in den verschiedenen Pensionsklassen verschieden ist, beträgt demnach bis zu zwei Drittel der gegenwärtigen Pensionsbeträge. Der Mehraufwand für die gesamten Pensionisten beträgt 23.1 Milliarden, wovon 18 Milliarden auf die Strassenbahner als grösste Gruppe entfallen. Während ein Schaffner gegenwärtig eine monatliche Pension von 740.000 K hat, wird er nach dieser Regelung 1.220.000 K beziehen. Durch diese Regulierung der Bezüge und der Pensionen werden auch die Bediensteten der Strassenbahnen in einem gewissen Ausmasse den übrigen öffentlichen Angestellten gleichgestellt. Ein Bediensteter der Strassenbahn wird durchschnittlich monatlich um 186.000 K Mehrbezug erreichen.

GR. Haider (chr.-soz.): Ich glaube, dass in dieser Saale kein einziger Gemeinderat die Berechtigung der diesmaligen Forderungen der Strassenbahnbediensteten anzweifeln wird. Es ist sicher, dass die Wirtschaftslage dieser Angestellten keine rosige genannt werden konnte. Es wird daher niemand geben, der dieser Lohnbewegung ihrer Existenzberechtigung absprechen könnte. Der Referent hat auf die Schwierigkeit des Dienstes der Strassenbahner verwiesen und mit Recht hervorgehoben, dass schon aus der Schwierigkeit dieses Dienstes eine Begründung dieser Forderungen abgeleitet werden kann. Der Referent hat ferner in einer Konferenz des Kreisarbeiterrates nur von einer ganz kleinen Differenz zwischen den Bezügen der Strassenbahner und der übrigen Gemeindeangestellten gesprochen. Ich bin der Meinung, dass diese Differenz eine allzugrosse ist. Sie war längst geeignet, dass wir diese Lohnbewegung, die wir heute vorzunehmen uns entschlossen müssen, schon früher hätte vorgenommen werden sollen. Der Referent hat dann weiter erklärt, dass das monatliche Durchschnittseinkommen eines Strassenbahnbediensteten 1.3 Millionen Kronen beträgt. Ich bin in der angenehmen Lage zuzugeben, dass diese Zahl richtig ist. Wenn aber erklärt worden ist, dass zu diesem Bezug noch der Aprilindex zugerechnet werden muss, so muss ich dem widersprechen, denn nur mit dem Aprilindex, würde sich der durchschnittliche monatliche Bezug eines Strassenbahners auf 1.3 Millionen Kronen stellen. Ich weiss wirklich nicht, warum man es für notwendig erachtet hat, die Öffentlichkeit falsch zu informieren. Es wurde auch vom Referenten auf die Schwierigkeit verwiesen, die sich aus der Umgestaltung der gewerkschaftlichen Organisationen der Strassenbahner ergeben haben. Es hat eine Zeit gegeben, in der Sie mit einem gewissen Pathos gesagt haben, dass die Gemeinde nur mit der Majorität der Bediensteten verhandeln. Die angebliche 12-Mann-Gewerkschaft des Haider hätte kein Recht sich an diesen Lohnverhandlungen zu beteiligen. Wenn nun die Gewerkschaft der Handels- und Transportarbeiter noch immer die Mehrheit bei den Strassenbahnern hätte, würde man es nicht notwendig gehabt haben, sich diesmal an die Personalvertretung zu wenden. Es ist also ganz falsch, wenn heute noch behauptet wird, dass der Handels- und Transportarbeiterverband die Mehrheit der Strassenbahner hinter sich hat. Wäre dies richtig, dann hätte sich wohl die Gemeindeverwaltung keinen Mühe gemacht und die anderen Organisationen gekümmert. Tatsache ist, dass eine Abstimmung unter den Strassenbahnern stattgefunden hat, in der die Frage Kollektivvertrag oder Schema entschieden hätte werden sollen, wobei nur 2700 Stimmen abgegeben worden sind. Diese Abstimmung wurde von der angeblich grössten Gewerkschaft durchgeführt, die noch immer behauptet 9000 Strassenbahner in ihren Reihen zu haben. Die vom Referenten berührte erfolg-

reiche Tarifpolitik geht auf Kosten der Bevölkerung. Die Regelung der Pensionistenfrage ist ausschliesslich den Bemühungen der Gewerkschaft der christlichen Eisenbahner zu danken. Allerdings wurde eine Forderung der christlichen Gewerkschaft nicht erfüllt, nämlich die Herausnahme der Strassenbahnbediensteten aus dem Kollektivvertrag und ihre Einreihung in das Schema. 90 Prozent der Strassenbahner seien für das Schema. Zum Schluss appelliert Redner an die Gemeindeverwaltung ihr seinerzeit gegebenes Versprechen, den Strassenbahnern ungeachtet des Koalitionsrechtes zu wahren, wirklich einzuhalten.

GR. Bermann (Soz.-Dem.) erklärt, dass er sich zum Wort gemeldet habe, um gegen die von GR. Haider an den Agitationsmethoden des Handels- und Transportarbeiterverbandes geübte abfällige Kritik Stellung zu nehmen. Er wisse nicht, was von den einzelnen Behauptungen Haiders richtig oder unrichtig ist. Wie aber die Christlichsozialen Gewerkschaften die Agitation für ihre Vereine betreiben, dafür liegen sehr klare Daten vor. In Wien bestehe ein „Verband der christlichen Angestellten“, dessen Obmann GR. Unterwüller ist. Nun haben die Buchhandlungsgehilfen jüngst mit dem Verband der Kunst- und Musikalienhändler einen Kollektivvertrag abgeschlossen, dessen Zustandekommen auch Herr Unterwüller sehr lobte. Wenige Tage nachher liess Herr Unterwüller tausende Flugblätter unter den Buchhandlungsgehilfen verteilen, in denen sie aufgefordert werden, dem Verband der christlichen Angestellten beizutreten, denn dieser Verein habe für sie gesorgt und dank seiner Bemühungen sei es möglich geworden, mit den Musikalienhändlern einen Kollektivvertrag abzuschliessen. In Wirklichkeit wurde dieser Kollektivvertrag natürlich vom sozialdemokratischen Verein kaufmännisch Angestellter abgeschlossen und diese Tatsache am Kopfe des Flugblattes vermerkt. Wie man hier sehen kann (Redner weist ein Flugblatt vor), wurde die betreffende Stelle „abgeschlossen vom Verein der kaufmännisch Angestellten“ überpiakt. Das ist die Art der Agitation, die Sie betreiben. Wir haben die verantwortlichen Herren zur Rechenschaft gezogen und einer von ihnen, der sich schuldig fühlt, hat uns eine Erklärung geschickt. Darin sagt er auch, dass/aus dem christlichen Verband austrete. Es war nicht notwendig diese Sache hier zu besprechen, aber weil hier fortwährend gegen die freien Gewerkschaften gehetzt wird, und ihr Vorgehen als terroristisch hingestellt wird, habe ich diese Sache vorgebracht. Was mit dem Flugblatte getrieben wurde, ist ein offenkundiger Schwindel, und von der Gewerkschaft, die diesen Schwindel inszenierte, darf man wohl mit Recht sagen, dass sie eine Schwindelgewerkschaft ist.

GRin. Gärtner (chr.-soz.) bedauert, dass die Frauen im neuen Arbeitsvertrag nicht gerecht behandelt worden sind, wenn sie auch einräumen wollen, dass auf diesem Gebiete schon eine Besserung eingetreten sei. Es wäre wünschenswert, die Verheirateten Frauen im Lohn mindestens den ledigen Hilfsarbeitern gleichzustellen.

GR. Erntner (Deutschnational) kritisiert die Vorlage. Durch die Nichterhaltung der Versprechungen enttäuscht, haben die Strassenbahner die sozialdemokratische Organisation verlassen. Der neue Strassenbahntarif bedeutet eine neue Teuerung. Wir haben jetzt von Woche zu Woche wieder steigende Preise, obwohl die Krone seit Monaten stabil ist. Die Preissteigerung ist also nur auf den Wucher und die Profitgier der Händler zurückzuführen. Redner verlangt das Eingreifen des Bürgermeisters gegen den Fleischwucher und gegen die Gemüsesteigerung.

GR. Weigl (Soz. Dem.): Die Organisationsverhältnisse bei den Strassenbahnern betrifft, so handelt es sich zwischen dem Handels- und Transportarbeiterverband, dem nach wie vor die überwiegende Mehrheit der Strassenbahner angehört und der neugegründeten sogenannten unpolitischen Vereinigung um einen blossen Organisationsstreik und die Gegner werden wohl den Tag erleben, wo diese Differenzen wieder bereinigt sein werden. Die Behauptung des GR. Haider, dass der christlichsoziale Verband allein oder zuerst es gewesen sei, der die Erhöhung der Pensionen gefordert habe, erinnert stark an die alte Fabel vom Adler und vom Zaunkönig. Dem GR. Erntner, der hier auch so getan hat, als wollte er sich der Strassenbahner annehmen, möchte ich antworten, wo denn seine Parteigenossen, die deutschnationale Unternehmer sind, wenn es sich um die Erhöhung der Löhne handelt, und ob es nicht gerade diese deutschnationalen Unternehmer sind, die das Geld für alle Verräterorganisationen hergeben, mit deren Hilfe die Arbeiter niedergehalten werden sollen. Wir wissen es sehr gut, dass gerade die deutschnationalen Unternehmer immer zu den ärgsten Ausbeutern gehört haben. Im Gegensatz dazu hat die Gemeinde durch diesen Vertragsabschluss wieder bewiesen, dass sie sich nicht als Arbeitgeber fühlt, sondern bestrebt ist, die Interessen ihrer Angestellten, mit denen der Bevölkerung in Einklang zu bringen.

GR. Kunschak (chr. soz.): Mein Vorredner hat angedeutet, dass seine Organisation, wenn sie will, auch anders kann. Ich weiss nicht was Sie unter Anderskönnen verstehen, aber das eine weiss ich, dass/ Sie es jetzt meiste unter Anderskönnen verstehen, die Gewalt zu missbrauchen. Wie der Handels- und Transportarbeiterverband sich bemüht die Strassenbahner zu organisieren, so hat er auch andere Kategorien städtischer Bediensteter in seine Wohlfahrtsfürsorge einbezogen. Auch die städtische Feuerwehr ist dort organisiert. Es gibt auch dort Leute, die sich einer christlichen Gewerkschaft anschliessen wollen. Was heute hier angekündigt worden ist, wurde in der empörendsten Weise Wirklichkeit. Der Vorgang, der sich heute mit der Beurlaubung des Branddirektors abgespielt hat, ist ein Akt, der sich nur aus der blossen Furcht ergibt. Es haben sich nämlich bei der Feuerwehr einige Angestellte zusammengetan und sich der christlichen Gewerkschaftsorganisation angeschlossen. Sie haben im Dienstwege ihren Vorstand gemeldet, dass sie nun ihre eigene Organisation haben und es haben sich die Meldenden als die Vertrauensleute der neuen Organisation vorgestellt. Der Branddirektor hat diese Meldung pflichtgemäss zur Kenntnis genommen und wieder pflichtgemäss dem amtsführenden StR. Speiser übermittelt. Aber schon als der Branddirektor diese Meldung entgegennahm, haben einige Feuerwehrbedienstete, die ich namentlich anführen kann, die Bemerkung gemacht: so ist es recht, jetzt hat sich der Branddirektor das Genick gebrochen. Das wurde auch uns gemeldet. Wir haben der Sache keine Bedeutung beigelegt und uns gesagt, dass über das Schicksal des Branddirektors doch nicht von diesen paar Leuten entschieden werden kann. Ich muss feststellen, dass wir uns da sehr geirrt haben, denn heute wurde der Branddirektor zum Personalreferenten berufen und es wurde ihm der Auftrag erteilt, sofort sein Urlaubsgesuch einzureichen.

GR. Preyer: Das ist doch die grösste unglaublichste Gemeinheit.

GR. Hiess: Sie haben gar keine Ursache sich aufzuregen.

GR. Rotter: Das ist die Koalitionsfreiheit.

GR. Schleifer: Darüber sollten Sie am wenigsten sprechen.

GR. Kunschak: Der Branddirektor hat diesem Ersuchen sofort entsprochen und wie mir mitgeteilt wurde, ist er zur Stunde bereits seines Amtes enthoben. Dass Sie gegen christlichsoziale Bedienstete vorgehen, das ist keine Ueberraschung mehr und das kann man aus ihrer politischen Psyche heraus wohl verstehen. Das ist aber nicht entschuldigend, aber verstehen. Das ist aber

Branddirektor Schifter? Ist er ein Christlichsozialer? Ist er der Protagonist der christlichen Gewerkschaft oder Mitglied oder Funktionär dieser Organisation. Nichts von alledem. Er gehört auch nicht zu jenen

Kreis von Beuten, die Sie als christlichsoziale Projektionskinder bezeichnen. Schifter ist in sein Amt von Ihnen berufen worden. Sie haben damals zur Rechtfertigung Ihres Vorgehens erklärt, dass er der fähigste unter allen Offizieren ist. Das ist die Qualifikation, die Sie ihm selbst gegeben haben und heute wird er aus dem Dienste weggejagt, wie ein diebischer Dienstbote. Hätte Schifter gemeldet, dass bei der Feuerwehr ein paar Leute eine christliche Organisation gegründet haben, er ihnen aber das gründlich ausgetrieben hat, dann wäre es Ihnen recht gewesen. Weil er aber das nicht gemeldet hat, musste er binnen 24 Stunden weggejagt werden. Wir haben vor kurzem erlebt, dass man den Zentralinspektor Hradecky von der Strassenbahn gleichfalls weggejagt hat. Der Mann hat den Betrieb organisiert und auch geleitet. Man mag über ihn denken, wie man will. Ich habe selbst mit ihm schwere Kämpfe gehabt, weil er bei der Vertretung der Interessen des Unternehmens einfach die Interessen der Arbeiter zu sehr in den Hintergrund gestellt hat. Auch diesen Mann haben Sie in Urlaub geschickt, weil er nicht genügend verlässlich war. Ein ähnlicher Fall betrifft auch den Direktor der städtischen Lagerhäuser, der von Fachleuten als erstklassiger Mann bezeichnet worden ist. Eines Tages hat man ihn rufen lassen und ihm gesagt, sie sind beurlaubt. Bei solchen Tatsachen hält es GR. Weigl noch für notwendig, uns zu sagen, spielt euch nicht, sonst werden wir wild. Das, was Sie da getan haben ist genug.

GR. Rotter (chr. soz.): Sie brauchen nur Lache!

GR. Erntner (Deutschnational): Zu Direktor Lasch: Das ist eine Frechheit, wenn Sie einen Gemeinderat auslachen.

GR. Rotter: Das ist eine jüdische Frechheit! (Grosser Lärm).

GR. Kunschak: Wir sind also so weit gekommen, dass im Dienste der Gemeinde jeder Beante vogelfrei ist. Wie die Beamtenschaft diesen Vorgang beurteilen wird, das ist nicht meine Sache. Ihnen als Mehrheit, ist es ~~unmöglich~~ das Interesse der Oeffentlichkeit vollständig Luft, wenn es sich um Ihr Parteiinteresse handelt. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Untermüller (chr. soz.): beschäftigt sich zunächst mit dem Handels- und Transportarbeiterverband, wobei er vom GR. Forstner wiederholt durch Zwischenrufe unterbrochen wird. Als er dann auf die Angestelltenorganisationen zumsprechen kommt, ruft GR. Bermann: Was ist mit dem Schwindel in dem Flugblatt?

GR. Untermüller: Reden wir jetzt von einer anderen Sache, die wird Sie sicher interessieren. Der Verein kaufmännischer Angestellter ist die sogenannte Judenorganisation.

GR. Bermann: Und Sie wollen unsere Mitglieder zu sich herübernehmen. (Heiterkeit). Was ist mit dem überpikten Flugblatt?

GR. Untermüller: Jetzt reden wir von etwas, was nicht überpikt ist. Auf das Überpikte werden wir schon noch draufkommen. (Gelächter) (Rufe bei den Christlichsozialen: Ist der Bermann vielleicht überpikt?)

GR. Bermann: Dass Sie noch überhaupt den Mut haben zu sprechen, ist erstaunlich. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Warum sprechen Sie nicht zum Kollektivvertrag?)

GR. Untermüller behandelt das Thema vom Angestelltenverband und zitiert hiebei aus der Wochenschrift „Das Zeitrad“ einige Stellen, an die er folgende Bemerkung knüpft: Bermann ist der Repräsentant jener Organisation, von der Herr Forstner einmal behauptet hat, dass man sie sich ohne Zylinder und Gehrock nicht vorstellen kann.

GR. Hiess (Soz. Dem.): Und von so einer Organisation verwenden Sie einen Vertrag und überpicken ihn?

GR. Untermüller: Herr Bermann wagt es hier in öffentlicher Sitzung die Organisation der christlichen Angestellten anzugreifen, die einen so grossen Erfolg erzielt hat, dass ein grosser Teil der Buchhandlungsbeihilfen heute in ihren Reihen steht.

GR. Beisser (Soz.-Dem.): Durch schwindel

GR. Untermüller schildert an der Hand von Zeitungsausschnitten den Verlauf einer Versammlung, in der ein ^{Vorstands-} Mitglied der christlichen Angestelltenorganisation zur Worte gelangt war und bemerkt schliesslich: Wenn Sie behaupten, dass dieser Funktionär damals eine weh- und wehmütige Erklärung abgegeben hat, so ist das nichts als ein plumper Schwindel, den Sie hier aufführen.

Bgm. Neumann: Herr GR. Untermüller, ich bitte Sie zur Sache zur Sache zu sprechen. GR. Bermann hat nur 15 Minuten geredet. Sie reden schon dreiviertel Stunden.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Es ist doch keine beschränkte Redezeit.

Bgm. Neumann: Das ist ein Missbrauch der Redefreiheit. Ich erkläre, dass wenn Sie nicht zur Sache sprechen, entziehe ich Ihnen das Wort.

~~GR. Preyer~~: Haben nur Juden ein Recht zu reden?

GR. Hess: Hier gibt es nur Gemeinderäte!

GR. Beer: Kellner, schreien Sie nicht so!

GR. Preyer: Ich weiss nicht, in welchen Branntweinhäusl Sie verkehren.

GR. Schleifer: Das ist eine Frechheit.

GR. Untermüller: Ich will mich also entschieden gegen die Verleumdungstätigkeit des Zentralvereines verwahren. Wir werden unsere agitation fortsetzen und die letzten Wochen beweisen, dass die Führer ausgespielt haben und die Angestellten sich von den Pick, Bermann und Arbeitel abwenden. Die Zeit ist vorbei, wo Sie dort eine führende Rolle gespielt haben. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Holabek: (chr. soz.) bespricht ausführlich die Organisationsverhältnisse bei den Strassenbahnern und stellt mit Genugtuung fest, dass die Verhandlungen diesmal mit dem Personalausschuss geführt wurden, dem auch Vertreter der christlichen Gewerkschaft angehören. Es ist richtig, dass unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr erreicht werden konnte. Aber es ist falsch, aus der Tatsache, dass die Vertreter der christlichen Eisenbahner mit dem Handels- und Transportarbeiterverband bestimmt haben, etwa abzuleiten, dass irgendeine Gedankengemeinschaft besteht.

GR. Haider (chr. soz.) stellt in einer tatsächlichen Berichtigung fest, dass die Behauptung der Obmann der unpolitischen Vereinigung der Strassenbahner, Babinetz, sein im Besitze eines von ihm herrührenden Zettels unrichtig sei, da er Babinetz gar nicht kenne. Dieser Zettel, der den Babinetz während der letzten Lohnverhandlungen übermittelt worden sein soll, rührt vielmehr von einem Strassenbahner namens Haider her.

StR. Speiser (Schlusswort): An der Vorlage ist nur wenig sachliche Kritik geübt worden. Es wurde behauptet, dass das finanzielle Ergebnis des neuen Tarifes 80 Milliarden sein müsse, indem die Fahrgäste einfach mit den 200 K multipliziert werden. Dabei vergessen sie, dass eine Erhöhung des Tagesfahrscheins um 200 K keineswegs eine wirkliche Einnahme von jeder Fahrkarte in dieser Höhe ergibt, da es eine ganze Reihe begünstigter Fahrkarten gibt. Der Durchschnitt der Erhöhung, der sich bei einer Hinaufsetzung des Tagesfahrscheines um 200 K herausstellt, beträgt vielmehr nur 135 K pro Karte. Wenn man ausserdem noch den Frequenzrückgang in Betracht zieht, den wir ohnedies nur mit dem niedrigsten Ausmass, nämlich mit ein Prozent auf das Jahr gerechnet in Rechnung gestellt haben, dann ergibt sich, dass den neuen Ausgaben von 71.8 Milliarden neue Einnahmen von rund 50 Milliarden

gegenüberstehen. Es fehlen also rund 22 Milliarden, das ist das künftige Jahresdefizit. Dabei halten wir an unserer alten Methode der Kostendeckung fest. Wir machen es nicht so, wie die frühere christlichsoziale Verwaltung, die auf Kosten der Löhne der Strassenbahner die Ueberschüsse der Strassenbahnen in die Gemeindekasse hat fliessen lassen. (Beifall bei der Majorität).

Redner bespricht sodann ausführlich die Pensionen und erklärt: Der Unterschied zwischen Kollektivvertragsangestellten und sogenannten Schematisten wird übertrieben, er ist in Wahrheit gar nicht beträchtlich. Beide Gruppen stehen unter Dienstordnungen, die einander sehr ähnlich sind. Früher allerdings sind die städtischen Arbeiter rechtlos gewesen und von der Möglichkeit, sie zu kündigen, ist ausgiebig Gebrauch gemacht worden. Wir haben das System abgeschafft, dass jedem Strassenbahner nachspioniert wird, welche Zeitung er in der Tasche trägt. Die städtischen Angestellten haben die Form ihrer Dienstverträge selbst gewählt und mitbestimmt und wenn die Strassenbahner morgen die Einreihung in das Schema verlangen würden, so würden manche von ihnen sich dadurch nur eine Enttäuschung bereiten. Nach dem jetzigen Vertrag ist der Durchschnitt des Kollektivvertragsangestellten also auch des Strassenbahners im allgemeinen besser gestellt, als der entsprechende Schematist. Was aber die Pensionen betrifft, so hat erst vor kurzem im Ministerium für soziale Verwaltung also unter dem Regime unseres Gemeinderatskollegen Schmitz, der uns hier auch oft schöne Reden für die Angestellten gehalten hat, eine Pensionsvorlage für die Lokalbahnen beschlossen worden, unter die auch viele Strassenbahner anderer Städte fallen. Dort beträgt der Höchste Prozentsatz der Pension nur 50%. (Hört, Hörtrufe bei der Majorität). Die Ursachen der Bewegung unter den Strassenbahnern kennt heute jeder Mensch in Wien, wir wissen, dass sie auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückzuführen ist, die wiederum die Wirkung der bekannten Politik der Seipelischen Regierung ist. (Widerspruch bei den Christlichsozialen).

GR. Hofbauer (Soz.-Dem.): Als die Fahrtriften herabgesetzt wurden, haben die Christlichsozialen auch behauptet, dass ist dem Seipel sein Verdienst.

GR. Speiser: Herr Kollege Kunschak hat eines Vorfalles erwähnt, der sich bei der Feuerwehr abgespielt hat. Ich bin bereit hierüber in Stadtsenat nähere Auskünfte zugeben. (Rufe bei den Christlichsozialen: Warum nicht in öffentlicher Gemeinderatssitzung?) Weil ich als amtsführender Stadtrat gegenüber den Beamten der Stadt zu Rücksichten verpflichtet bin und diese Linie im Gemeinderate nicht überschreiten werde. Ich konstatiere, dass der Herr Branddirektor heute nicht zu mir berufen worden ist, dass ich ihn nicht sagte er erfülle seine Aufgaben nicht, dass ich ihn nicht aufgefordert habe, sein Urlaubsgesuch einzureichen. Ich konstatiere, dass der Herr Bürgermeister den Herrn Branddirektor zu diesem Urlaubsantritt durch den Herrn Magistratsdirektor hat auffordern lassen und ich konstatiere, dass ich mit ihm seit acht bis zehn Tagen nichts gesprochen habe. Unrichtig ist auch, dass der Branddirektor übersprungung anderer Beamten seinerzeit ernannt worden ist. Er war der dienstälteste Offizier und der zweitälteste hat nach seiner Beurlaubung die Stelle übernommen. Wir haben diese Beurlaubung vorgenommen, weil wir einiges in der Feuerwehr/haben möchten als es eben ist weil der enge Zusammenhalt zwischen der Betriebsbuchhaltung und der Branddirektion nicht herzustellen war und wir bestrebt sein müssen, durch eine weise Sparsamkeit die Kosten möglichst gering zu gestalten. Ich konstatiere, dass die Gemeindeverwaltung aus bestimmten Gründen diese Beurlaubung vorgenommen hat. Wir haben sie für notwendig gehalten, insbesondere deshalb, um gewisse im Interesse der gesamten Bevölkerung liegende Ersparnisregeln durchzusetzen. Vizedirektor Hradecky ist nicht in den Urlaub geschickt worden, wie Kollege Kunschak behauptete, sondern er hat ordnungsgemäss sein Gesuch eingereicht, wir

haben ihn durchaus ehrenvoll behandelt und ihm unsere vollste Zufriedenheit mit seiner langjährigen Dienstleistung ausgesprochen. GR. Rösch (chr. soz.): Ein solches Ergebnis erster Klasse.

GR. Speiser: Der sozialdemokratischen Partei kann eines nicht vorgeworfen werden, dass sie ihre Macht missbraucht hätte. Bei Uebernahme der Verwaltung haben wir von unserer Macht in Bezug auf die leitenden Stellen im Rathause fast gar keinen, oder doch einen ausserordentlichen mässigen Gebrauch gemacht. Wir haben uns dadurch in ganz ausserordentlicher Weise unterschieden, was sich früher unter der christlich-sozialen Herrschaft hier ereignete. Ich will es hier offen hinzufügen, dass ich von diesem System auch selbst nicht unter den Drängen der christlichsozialen Partei abweiche.

GR. Breuer (chr. soz.): Was ist mit dem Lach?

GR. Speiser: Reden Sie nicht von ihm, er hat in die Misswirtschaft seines Vorgängers, der unter ihnen diente, Ordnung hineingebracht. Wir haben von unserer Macht nur wenig Gebrauch gemacht und unser loyales Verhalten gegenüber den Angestellten ist von diesen auch mit der entsprechenden Loyalität vergolten worden. Wenn Sie von parteiischer Verwaltung reden, dann werde ich Ihnen mit einigen Kleinigkeiten aus Ihrer Verwaltung im Rathause dienen. Vor etwa zehn Jahren ist dem Herrn Kunschak in einer Versammlung der Strassenbahner Rathause entgegnet. Am nächsten Tage war Rathause bereits entlassen! Soll ich Sie an die furchtbare Peinigung, die Sie den freiheitlichen Lehrern bereitet haben erinnern? Ich brauche da nur den Unterlehrer Beierl anführen, den Sie in den Selbstmord getrieben haben!

GR. Rummelhardt: Den Geist Beierls sollten Sie nicht heraufbeschwören!

STR. Speiser: Ich zitiere den Geist dieses armen Mannes, den Sie in den Tod getrieben haben mit voller Absicht, weil es jeder Beschreibung spottet, was Sie den Lehrern angetan haben. (Beifall)

GR. Jorde (Soziald.): Was sich der Gregori erlaubt hat! Christlich-soziale Ehrlosigkeit ist das gewesen!

Nach tatsächlichen Berichtungen der Gemeinderäte Bermann und Untermüller wird der Antrag der Gemeinderätin Gärtner wegen Gleichstellung der verheirateten Frauen mit den Männern bei der Bezahlung abgelehnt und die Referenten angenommen.

Bürgermeister Reumann erklärt, dass die Postnummern 16, 20, 22, 32 und 33 ohne Debatte angenommen sind.

Vizebürgermeister Emmerling referiert nun über die neuen Strassenbahntarife. Der Tarif baut sich auf einer Frequenz von 400 Millionen Fahrgästen jährlich auf. Die Mehreinnahmen betragen 50 Milliarden, so dass sich ein Defizit von 22 Milliarden ergibt. Die Neuregelung der Tarife ist ein Konsequenz der eben beschlossenen Neuregelung der Bezüge.

StR. Rummelhardt (chr. soz.) Die sofortige Ueberwälzung der Kosten erhöhung entspricht der Betriebsweise eines Privatunternehmens. Die Gemeinde hätte bei einem kommunalisierten Betrieb andere Aufgaben.

GR. Täubler (soz.): Sie soll das Geld aus der Luft nehmen!

StR. Rummelhardt: Wir können den Ziffern, die Sie uns vorlegen, nicht das nötige Vertrauen entgegenbringen, um für die Erhöhung der Fahrpreise in diesem Ausmass zu stimmen. Dieses Misstrauen haben Sie selbst verschuldet. Redner verweist auf die wiederholten Anträge seiner Partei über den Zonentarif, dessen Einführung bewirken würde, dass tausende, die heute auf kurzen Strecken nicht fahren, die Strassenbahnbenützen und dadurch die Frequenz steigern würden. Ein anderer Weg wäre, für die vielen Neuanschaffungen, die Sie aus Betriebsmitteln decken Investitionen aufzunehmen. Sie glauben wenn Sie mit jeder Strassenbahnerhöhung zu Ihrer Wiener Konferenz gehen -

GR. Nachtnebel (soz.): Sie gehen halt zum Piff!

StR. Rummelhardt: - Pass mit der Zustimmung dieser Konferenz schon alles getan ist. Es gibt aber noch andere Leute in Wien.

GR. Linder (soz.): Aber das ist die Vertretung der Mehrheit!

StR. Rummelhardt: Wir sind nicht in der Lage, für die Erhöhung der Tarife zu stimmen, weil es in der heutigen Zeit eine Frivolität ist -

GR. Witzmann (soz.): Den Brotpreis zu erhöhen!

StR. Rummelhardt: - die Tarife in dieser Weise zu erhöhen.

Es spricht noch GR. Erntner (deutschnat.), der erklärt gegen die Erhöhung der Tarife stimmen zu müssen, da die Bedeckung der neuen Ausgaben auch für eine andere Weise erfolgen könne.

STR. Speiser: Im Verlangen herrscht in diesem Saale inner Einigkeit. Wir sind in unserer Borniertheit noch so härtnäckig, dass wir die Lizitationsanträge auch nicht annehmen. Wenn es aber zum Zahlen kommt, dann drückt sich jeder, der eine links und der andere rechts. Heute erleben wir wieder dasselbe. Als wir die Strassenbahnerlöhne erhöhten volle Einstimmigkeit! Da mussen allerdings ist diese Einstimmigkeit nicht so. Ich habe den Leuten dort ruhig sagen müssen, es kommt ja nicht nur aufs geben, sondern auch aufs Können an. Bewilligen kann man alles, aber was bewilligt wird, muss auch bezahlt werden. Unser Stdnpunkt ist der, dass die Ehrlichkeit der Bewilligung unzertrennlich zusammenhängt mit dem Mut, für das Bewilligte auch die Bedeckung zu schaffen. Wenn man diesen Mut nicht aufbringt, wenn diese Konsequenz aus der ersten Abstimmung nicht ziehen kann, dann setze ich Zweifel in die Ehrlichkeit des ersten Beschlusses. Aber warum regt sich hier alles auf? Gerade nur wegen der Erhöhung des Strassenbahntarifes. Der Staat hat nach allen Richtungen Erhöhungen vorgenommen und wie hoch, und das ist alles sang- und klanglos vorübergegangen. Die Erhöhung der Zigarrenpreise, die Erhöhung der Bahntarife, die Erhöhung des Gütertarifes, die uns naturgemäss auch eine Erhöhung des Preise der Lebens- und Bedarfsartikel gebracht hat, die Erhöhung des Posttarifes, welcher allein das bin ich überzeugt auch den bescheidensten Haushalt im Jahresdurchschnitt ebenso trifft, wie die Erhöhung des Strassenbahntarifes. Im übrigen kann ich nur feststellen, dass wir für die Erhöhung der Tarife stimmen werden und es allen anderen Herren überlassen, ihre ablehrende Haltung in Einklang zu bringen mit der zustimmenden Haltung, die sie immer einnehmen, wenn es sich um Ausgaben handelt. (beifall)

STR. Rummelhardt: War das ein Zitat.

Vizebürgermeister Emmerling: Nein Herr Rummelhardt, das war kein Parteierklärung, sondern das hat Kunschak in der Sitzung vom 26. Juni 1917 anlässlich der Umwandlung des Zonentarifes in einen Einheits-tarif gesagt!

Nach dem Schlusswort des Referenten werden die Anträge angenommen

StR. Tandler beantragt die Erhöhung der Erhaltungsbeiträge linear um 50 Prozent. Es sollen statt 120.000 nunmehr 180.000 Kronen in der höchsten und 30.000 Kronen in der niedrigsten Stufe monatlich gegeben werden. Diese erhöhten Beträge sind vom 1. Mai an auszusahlen. Das Mehrerfordernis beträgt für das Jahr 1923 rund 2.8 Milliarden Kronen.

Gemeinderätin Kurzbauer (christl.) beantragt, dass in der niedrigsten Stufe statt 30.000 Kronen Beitrag ein solcher von 50.000 Kronen gegeben wird. Wenn man genug Geld gehabt hat, um das Kaiserstandbild im Zentralkinderheim wegzuführen, so muss auch für diese Zwecke Geld da sein.

GR Kerner (christl.) teilt mit, dass der Fürsorgeinstitutsvorsteher von Währing noch immer Aushilfen von hundert Kronen anweist. Das ist so lächerlich, dass gar nicht angenommen werden könne, dass der anteführende Stadtrat davon wisse, weshalb er um Abhilfe bitte.

BR Roth (christl.) wünscht, dass die Bezieher von Erhaltungsbeiträgen von der Wohnbausteuer befreit werden und sagt, in den Fürsorgeinstituten dürfen ~~nicht~~ nicht parteipolitisch vorgegangen werden.

StR Tandler (Schlusswort) weist dies als Verdächtigung der Fürsorge räte zurück. Von 50.000 K könne man ebensowenig leben wie von 30.000; es handle sich eben nur um Beiträge zur Erhaltung.

Die ⁴Referentenanträge werden angenommen, der Antrag Kurzbauer abgelehnt.

Schluss der Sitzung.